



Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

vorab per Email:

Wien, 20. Oktober 2014  
DO, SR

**Stellungnahme zur Konsultation  
der Energiegroßhandelsdaten-Verordnung („EGHD-VO“)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Übermittlung des aktuellen Entwurfs der EGHD-VO und dürfen zu diesem wie folgt Stellung nehmen:

**1. Allgemeines**

Vorab möchten wir festhalten, dass durch diese Verordnung den Marktteilnehmern, die bereits aufgrund zahlreicher nationaler wie auch internationaler Regelungen zur Erfassung bzw. Meldung von Daten angehalten sind, weitere Meldeverpflichtungen auferlegt werden, jedoch ohne zusätzliche Transparenz für die Marktteilnehmer zu bieten. Vielmehr ist vorgesehen, dass die neuen Meldungen an die Behörde erfolgen, der die relevanten Daten bereits größtenteils zur Verfügung stehen. Im Hinblick auf den **hohen administrativen Aufwand** der damit einhergeht, sind wir der Ansicht, dass **Meldepflichten** sinnvollerweise nur dort bestehen sollten, wo ein **konkreter Nutzen besteht** und diese **keine Doppel- bzw. Mehrfachmeldungen** verursachen.

**2. REMIT vs. EGHD-VO**

**a) Vermeidung von unnötigem Verwaltungsaufwand, Kosten und Doppelreporting**

Insbesondere sieht die Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts („REMIT“) in **Erwägungsgrund 19** vor, die **Meldepflichten** auf ein **Mindestmaß** zu **beschränken**. Diese Meldepflichten sollen nicht zu unnötigen Kosten und unnötigem Verwaltungsaufwand für die Marktteilnehmer führen sowie Doppelreporting vermieden werden. Eine - zeitlich vorgelagerte - **nationale Verordnung** mit ähnlichem Inhalt wie REMIT steht unserer Einschätzung **im Widerspruch zu den einheitlichen europäischen Entwicklungen** und konterkariert das Gebot der Vermeidung von Verwaltungsaufwand und unnötigen Kosten.

Abgesehen davon gibt es bereits umfassende nationale Transparenzbestimmungen, unter anderem gemäß Gasmonitoring-VO, die in der Summe aller Bestimmungen die geplanten

Meldepflichten inhaltlich größtenteils abdecken. Das würde im Extremfall dazu führen, dass die gleiche Information auf Basis unterschiedlicher Rechtsnormen bis zu dreimal an die Behörde übermittelt werden müsste.

Der aktuelle Zeitplan der EGHD-VO sieht ein Inkrafttreten der Meldepflichten nur wenige Monate vor dem Inkrafttreten der Meldepflichten unter REMIT vor. Der geringe zeitliche „Vorsprung“ steht in **keiner Relation** zu den damit **verbundenen Kosten** und dem **Ressourcenaufwand** der betroffenen Unternehmen.

Um Mehrfachreporting in Zukunft zu vermeiden, müsste in der EGHD-VO jedenfalls noch ausdrücklich geregelt werden, dass die Meldepflichten der EGHD-VO außer Kraft treten, sobald die entsprechenden Meldepflichten unter REMIT in Kraft getreten sind. Andernfalls ist wohl ein dauerhaftes Mehrfachreporting mit entsprechendem Kosten- und Ressourcenaufwand zu befürchten.

#### **b) Beeinträchtigung des Handelsplatzes Österreich**

Die im Vorblatt der EGHD-VO erwähnte Pflicht zur Marktüberwachung trifft wohl auch alle anderen nationalen Energieregulierungsbehörden („NRA“) in Europa. Es ist kein Grund ersichtlich, warum Österreich - als einziges Land in der EU - eine eigene nationale Verordnung erlässt, die den Beginn eigener nationaler Meldepflichten kurz vor Beginn der Meldepflichten unter REMIT zum Inhalt hat. Man stelle sich nur vor jede NRA würde eine eigene nationale Verordnung mit eigenen nationalen Meldeverpflichtungen erlassen. International agierende Unternehmen müssten für jedes Land - zusätzlich zum Reporting auf europäischer Ebene - eigene Meldeprozesse implementieren. Dies kann nicht im Sinne einer gemeinsamen europäischen Vorgehensweise sein.

Eine **eigene nationale Regelung** sollte bestimmte zur Marktüberwachung notwendige Informationen bzgl. Energiegroßhandelsprodukten **ergänzend zu REMIT** zum Inhalt haben und **zeitgleich nachgelagert** oder maximal zeitgleich zu REMIT umgesetzt werden.

Die aktuelle **Umsetzung in Österreich** lässt jedoch eine **Beeinträchtigung der Reputation und der Liquidität des österreichischen Marktes** befürchten. Die Kosten und der Ressourcenaufwand stellen jedenfalls nicht nur für nationale - sondern auch für internationale Unternehmen - **Marktzugangsbehinderungen** bzw. ev. sogar **Markteintrittsbarrieren** dar. Durch die EGHD-VO wird eigentlich eine wesentliche Zielsetzung der ECA konterkariert.

#### **c) Implementierung der Datensammlung durch ACER**

Im Vorblatt wird erörtert, dass *„die Veröffentlichung und das Inkrafttreten der dazu notwendigen Durchführungsverordnung gemäß Art 8 Abs 2 und 6 REMIT sowie die Implementierung der Datensammlung durch ACER [...] sich jedoch aus jetziger Sicht noch über die nächsten Monate bzw. Jahre hinziehen [werden]. Es wird daher in absehbarer Zeit keine von ACER gesammelten Daten geben, die zur Überwachung des nationalen Marktes genutzt werden könnten.“*

Wie oben bereits dargelegt sieht der Zeitplan von ACER nur eine Implementierung von wenigen Monaten (und nicht Jahren) später als die EGHD-VO vor. Die bloße Annahme einer möglicherweise verzögerten Umsetzung einer Verordnung durch Behörden darf zu keiner Mehrbelastung der betroffenen Unternehmen führen indem Parallelbestimmungen geschaffen werden.



### 3. Zu den einzelnen Bestimmungen der EGHD-VO

#### a) § 2 Z 1 lit b. und Anhand Tabelle 7: („Verträge über den Speicherzugang“)

Verträge über den Speicherzugang stellen gem. § 2 Abs 4 REMIT keine „Energiegroßhandelsprodukte“ iSv REMIT dar. § 7 Abs 2 REMIT regelt, dass nationale Behörden „den Handel mit Energiegroßhandelsprodukten auch auf nationaler Ebene überwachen“ [können]. **Speicherunternehmen sind aber keine Marktteilnehmer und Verträge über den Speicherzugang fallen nicht in den Anwendungsbereich.** Eine Meldeverpflichtung von Speicherverträgen im Entwurf der EGHD-VO ist daher **überschießend und abzulehnen.**

Unabhängig von diesen formaljuristischen Bedenken bekennen sich RAG und die RAG Energy Storage zu Marktintegrität und –transparenz. Die Informationen von Speicherverträgen (wie in Tabelle 7 im Anhang der EGHD-VO gefordert) werden ohnehin bereits von RAG Energy Storage an E-Control („ECA“) gemeldet. Ein Doppelreporting der gleichen Informationen sollte unbedingt vermieden werden und wird daher abgelehnt (vgl. auch oben zu Erwägungsgrund 19 REMIT). Vielmehr sollte ECA die **Möglichkeit schaffen**, ohnehin **bereits an ECA gemeldete Verträge über den Speicherzugang** für die Marktüberwachung **heranzuziehen** und **§ 2 Z 1 lit b. und Tabelle 7 der EGHD-VO ersatzlos zu streichen.**

Aufgrund des vorliegenden Entwurfes der EGHD-VO ist auch **unklar**, wer **Meldeverpflichteter** bzgl. **Verträge über den Speicherzugang** wäre. Während für alle sonstigen Tabellen im Anhang der EGHD-VO in § 4 EGHD-VO die Datenübermittlung geregelt ist, fehlt diese Regelung für Verträge über den Speicherzugang. So ist nicht ersichtlich, ob im Fall von primären Gasspeicher Transaktionen nur das Speicherunternehmen oder auch der Käufer der Speicherdienstleistung meldepflichtig wäre. Auch bzgl. sekundärer Gasspeicher Transaktionen ist die Meldeverpflichtung nicht spezifiziert.

#### b) Begriffsbestimmung „Meldeverpflichteter“

In der EGHD-VO wird oftmals der Begriff „Meldeverpflichteter“ verwendet. Dieser Begriff ist allerdings in § 2 EGHD-VO („Begriffsbestimmungen“) nicht definiert. Diese Definition sollte noch ergänzt werden, um Unklarheiten zu vermeiden.

#### c) § 4 Abs 3 („Meldeverpflichtung von Standardverträgen“)

In § 4 Abs 3 ist im Wesentlichen geregelt, dass Standardverträge durch organisierte Märkte an ECA zu melden sind. Informellen Informationen zufolge ist die Regelung so zu interpretieren, dass die Unternehmen nicht subsidiär meldeverpflichtet sind, sollte die Meldungen der organisierten Märkte nicht oder unrichtig erfolgen. Eine diesbezügliche ausdrückliche Klarstellung in der EGHD-VO wäre begrüßenswert.

#### d) § 4 Abs 5 („Meldeverpflichtung von Nicht-Standardverträgen“)

Bzgl. der Meldepflichten von Nicht-Standardverträge gibt's es noch eine Vielzahl an Unklarheiten bzw. fehlenden Definitionen. So ist beispielsweise nicht bekannt, wie die „Verbrauchskapazität“ gem. § 2 Z 5 REMIT berechnet wird. Somit ist auch nicht bekannt, welche Endkunden die Grenze von 600 GWh/Jahr überschreiten und von der Meldepflicht überhaupt betroffen sein werden. Selbst bei Gewissheit über die Berechnungsmethodik kann der Energielieferant eines Endkunden

aber nicht feststellen, ob der Vertrag meldepflichtig ist, da ev. auch noch andere Bezugsverträge des Endverbrauchers vorliegen könnten.

Jedenfalls sollte in Österreich dieselbe Bestimmungsmethode für „Verbrauchskapazität“ herangezogen werden wie von ACER unter REMIT. In der operativen Umsetzung sollte es seitens ECA eine Information geben, welche Endverbraucher von der Meldeverpflichtung betroffen sind.

Abweichend von REMIT sollen Änderungen von Nicht-Standardverträgen unter der EGHD-VO nicht von den Meldepflichten betroffen sein. Eine ausdrückliche Regelung in der EGHD-VO zur Klarstellung wäre wünschenswert.

#### **e) Anhang der EGHD-VO**

Da ECA die Absicht hat in der EGHD-VO die identen Anhänge wie in dem REMIT Implementing Acts zu verwenden, sollte mit dem Erlass der EGHD-VO jedenfalls bis zur Veröffentlichung der REMIT Implementing Acts gewartet werden. Um Unterschiede und Missinterpretationen zu vermeiden, sollte unbedingt die idente deutsche Übersetzung der Anhänge der REMIT Implementing Acts auch in der EGHD-VO herangezogen werden.

### **4. Operative Umsetzung**

#### **a) Reportingformate**

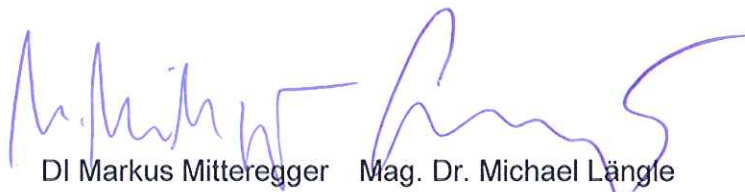
Noch ist unklar in welcher Art das Reportingformat festgelegt wird. Um den betroffenen Unternehmen die Meldepflichten zu erleichtern, sollten jedenfalls für sämtliche Meldeformulare des Anhangs eine Vielzahl an verschiedenen Reportingmöglichkeiten zur Verfügung stehen (z.B. Onlineformulare, Excel- bzw. .csv-Files, sämtliche Standard-Datenübermittlungsformate). Besonders für kleinere bzw. mittlere Unternehmen stellt die Möglichkeit manueller Eingaben eine gangbare Lösung dar, wenn eine automatisierte IT-Lösung nicht wirtschaftlich ist.

#### **b) Unique Trade Identifier („UTI“)**

Aus operativer Sicht der Unternehmen - und basierend auf den Erfahrungen von EMIR - stellt ein einheitlich generierter UTI eine absolut notwendige Voraussetzung zur Auswertung und Analyse der gemeldeten Daten dar. Um europaweit eine einheitliche Lösung zu haben, ist es eine unbedingte Notwendigkeit, einen von ACER vorgegebenen Algorithmus zur Generierung des UTI zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

RAG Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft



DI Markus Mitteregger

Mag. Dr. Michael Längle

Generaldirektor

Vorstandsdirektor Finanzen